

Bochow, Michael

Book Part — Digitized Version

Einstellungen und Werthaltungen zu homosexuellen Männern in Ost- und Westdeutschland

Provided in Cooperation with:

WZB Berlin Social Science Center

Suggested Citation: Bochow, Michael (1993) : Einstellungen und Werthaltungen zu homosexuellen Männern in Ost- und Westdeutschland, In: Cornelia Lange (Ed.): Aids - eine Forschungsbilanz. Bericht über den Förderschwerpunkt "Sozialwissenschaftliche AIDS-Forschung" im Rahmen des Programms der Bundesregierung "Forschung und Entwicklung im Dienste der Gesundheit", ISBN 3-89404-669-4, Edition Sigma, Berlin, pp. 115-128

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/112297>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

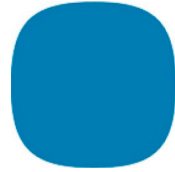
Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.



WZB-Open Access Digitalisate

WZB-Open Access digital copies

Das nachfolgende Dokument wurde zum Zweck der kostenfreien Onlinebereitstellung digitalisiert am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung gGmbH (WZB). Das WZB verfügt über die entsprechenden Nutzungsrechte. Sollten Sie sich durch die Onlineveröffentlichung des Dokuments wider Erwarten dennoch in Ihren Rechten verletzt sehen, kontaktieren Sie bitte das WZB postalisch oder per E-Mail:

Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung gGmbH
Bibliothek und wissenschaftliche Information
Reichpietschufer 50
D-10785 Berlin
E-Mail: bibliothek@wzb.eu

The following document was digitized at the Berlin Social Science Center (WZB) in order to make it publicly available online.

The WZB has the corresponding rights of use. If, against all possibility, you consider your rights to be violated by the online publication of this document, please contact the WZB by sending a letter or an e-mail to:

Berlin Social Science Center (WZB)
Library and Scientific Information
Reichpietschufer 50
D-10785 Berlin
e-mail: bibliothek@wzb.eu

Digitalisierung und Bereitstellung dieser Publikation erfolgten im Rahmen des Retrodigitalisierungsprojektes **OA 1000+**. Weitere Informationen zum Projekt und eine Liste der ca. 1 500 digitalisierten Texte sind unter <http://www.wzb.eu/de/bibliothek/serviceangebote/open-access/oa-1000> verfügbar.

This text was digitizing and published online as part of the digitizing-project **OA 1000+**. More about the project as well as a list of all the digitized documents (ca. 1 500) can be found at <http://www.wzb.eu/en/library/services/open-access/oa-1000>.

Einstellungen und Werthaltungen zu homosexuellen Männern in Ost- und Westdeutschland

Michael Bochow

Begriffliche Vorklärungen

Die Verfolgung gleichgeschlechtlicher sexueller Handlungen hat in Europa eine jahrtausendlange Geschichte. Der Sozialtypus des homosexuellen Mannes, wie wir ihn heute kennen, entstand jedoch erst im Europa und im Nordamerika des 19. Jahrhunderts. Wenn im folgenden von homosexuellen Männern die Rede ist, wird auf einen historisch relativ neuen Sozialtypus, der zudem seine heutige Form in den meisten westlich orientierten Industriestaaten erst nach dem Zweiten Weltkrieg entwickelte, Bezug genommen.

Auch zur Analyse von gegenwärtig anzutreffenden Einstellungen und Werthaltungen ist eine begriffliche Präzisierung notwendig: Die Begriffe *Vorurteil*, *Diskriminierung* und *Homophobie* sind häufig gebrauchte Termini in der Analyse der Einstellungen der heterosexuellen Mehrheit gegenüber der homosexuellen Minderheit in einer Gesellschaft. Es soll deshalb kurz erläutert werden, warum im folgenden die Begriffe *Vorurteil* und *Homophobie* vermieden werden.

Der Vorurteilsbegriff wurde im wesentlichen durch seinen normativen Gehalt bestimmt. *Vorurteile* sind demzufolge geprägt durch Irrtümlichkeit, geringe Informationsbasis, Übergeneralisierung, Starrheit und Sachunangemessenheit. Der Unterschied zu *Urteilen* ist damit aber immer nur ein gradueller, da Urteile nicht vor falschen Ausgangshypothesen, Informationen, Verallgemeinerungen usw. gefeit sind. Vorurteile weichen somit von anderen Einstellungen oder Urteilen weder durch eine grundsätzlich andere innere Struktur noch durch einen spezifisch defizitären Entstehungsprozeß ab, sondern am ehesten durch ihre soziale Unerwünschtheit. "Der normative Charakter des Vorurteils zeigt sich besonders darin, daß positive Verallgemeinerungen kaum als Vorurteil angesehen werden ... Vielmehr wird heute der Vorurteilsbegriff auf negative Einstellungen gegenüber schwachen sozialen Gruppen begrenzt und damit verengt" (Bergmann 1987, S. 10). In dieser Perspektive erweist sich der Begriff des *Stereotyps* als offener, um die ganze Variationsbreite von "distanzierten Urteilen", "vorgeformten Einstellungen" und "positiven und negativen Urteilen" zu erfassen. Es sollte hier daran erinnert werden, daß auch Sozialwis-

senschaftler in vielen Stereotypen denken und daß dies keineswegs nur ein Privileg des "Mannes" oder der "Frau auf der Straße" ist.

Die in den USA verwandte Kategorie der Homophobie wird ebenfalls bewußt vermieden. Phobie ist ein Begriff der klinischen Psychologie und läßt sich präzise definieren und eingrenzen. Als "exzessive, unangepaßte Angstreaktion", die an "hochspezifische Reizkonstellationen gekoppelt" ist (Psyhyrembel 1986, S. 1298), würde der Begriff nur einen sehr eingegrenzten Ausschnitt von möglichen Einstellungs- und Reaktionsprofilen auf Homosexuelle bezeichnen. Statt der weiteren Fassung des Begriffs im Sinne eines eher metaphorischen Verständnisses von Phobie, wie sie in der US-amerikanischen Literatur gebräuchlich ist, werden die Kategorien *Homosexuellenfeindlichkeit* oder *anti-homosexuelle Einstellung* gebraucht. Diese Termini umfassen ein wesentlich breiteres Spektrum von emotionalen und psychischen Reaktionsformen als der Begriff Phobie. Homosexuellenfeindlichkeit ist auch wesentlich weiter gefaßt als der Begriff *Diskriminierung*. Homosexuellenfeindlichkeit unterliegt jeder staatlichen, gesellschaftlichen oder individuellen Diskriminierung von Homosexuellen, nicht jede Form von Homosexuellenfeindlichkeit führt jedoch notwendigerweise zu gesetzlichen oder sozialen Diskriminierungen. Der Begriff Homosexuellenfeindlichkeit bezieht sich zudem mehr auf Einstellungen und Werthaltungen. Diskriminierung bezieht sich eher auf individuelle oder kollektive Handlungen, die außerhalb des Untersuchungsfeldes dieses Forschungsprojektes liegen. Die soziale und politische Bedeutung von Diskriminierungsprozessen gegenüber homosexuellen Menschen in entwickelten bürgerlichen Gesellschaften ist damit in keiner Weise gelehnet.

Stichprobe und Anlage der Erhebung

Im folgenden werden ausgewählte Ergebnisse einer Repräsentativbefragung kommentiert, deren Erhebungsinstrument im Rahmen der Studie konzipiert und die im Februar und März 1991 vom Hamburger Institut GFM-GETAS durchgeführt wurde. Befragt wurden 1.002 Ostdeutsche und 1.220 Westdeutsche über 18 Jahre. Den Befragten wurde das Interview als ein Gespräch über wichtige aktuelle politische und gesellschaftliche Fragen dargestellt, es wurde eingangs nicht erwähnt, daß ein großer Teil der Fragen homosexuelle Männer zum Gegenstand haben würde. Das Interview war so aufgebaut, daß erst in der 17. Frage das Thema "Homosexuelle Männer" direkt angesprochen wurde. Es war zudem darauf geachtet worden, daß Fragen zum Themenkomplex Aids erst am Ende des Interviews gestellt wurden (58. bis 65. Frage). Das Interview war durchgängig standardisiert; die Interviews dauerten im Durchschnitt 51 Minuten in Westdeutschland und 60 Minuten in Ostdeutschland.

Um Einstellungen und Werthaltungen zu homosexuellen Männern als Teil eines umfassenderen Einstellungssyndroms analysieren zu können, wurden eine Reihe von Items zur Geschlechtsrollenorientierung der Befragten, zum § 218, zum kommunalen Ausländerwahlrecht, zur kirchlichen Bindung, zur sozioökonomischen Situation und zum Wahlverhalten formuliert. Eine große Anzahl von Items, die Einstellungen zu homosexuellen Männern deutlich machen sollten, wurde dem Erhebungsinstrument von Rüdiger Lautmann und Hanns Wienold aus dem Jahre 1974 entnommen. Die Befragung des letzten Jahres ermöglicht also einen doppelten Vergleich: einen synchronen Vergleich der Einstellungen in der ost- und in der westdeutschen Bevölkerung im Jahre 1991 und einen Vergleich der Einstellungen, wie sie 1974 und 1991 von der westdeutschen Bevölkerung geäußert wurden.

Die durchgeführte Erhebung kann als Beispiel dafür dienen, wie wichtig es bei Einstellungsuntersuchungen ist, eine Vielzahl von Indikatoren zu benutzen und welche problematischen Ergebnisse der selektive Einsatz von einigen wenigen Items in Mehrthemenbefragungen hervorbringen kann.

Dem vorgegebenen Statement "Die sexuelle Orientierung von Menschen ist mir gleichgültig; warum sollte ich mich daran stören" stimmen 1991 65 Prozent der Westdeutschen und 69 Prozent der Ostdeutschen zu. Schon in der Erhebung von Lautmann und Wienold (Lautmann und Wienold 1977) fand dieses Statement die Zustimmung einer Mehrheit von 55 Prozent der Befragten. Isoliert betrachtet könnte die im Zeitvergleich noch deutlich zunehmende Zustimmung einer Mehrheit der Befragten zu einer Toleranz signalisierenden Äußerung als Indikator für eine steigende Akzeptanz von Homosexualität interpretiert werden. Die Vermutung, daß zumindest in den Großstädten der Bundesrepublik eine relativ hohe Akzeptanz von homosexuellen Männern anzutreffen sei, war auch von vielen Akteuren der Aids-Präventionspolitik Ende der 80er Jahre geäußert worden. Die Analyse der Zustimmung zu oder Ablehnung von einer ganzen Reihe von anderen Items zeigt jedoch, daß die deutsche Bevölkerung noch weit entfernt ist von einer tief verankerten Toleranz gegenüber homosexuellen Männern, die sich zu einem Mehrheitskonsens verfestigt hätte.

Einstellungen zu rechtlichen Regelungen

Nach wie vor spricht sich ein bedeutender Teil der deutschen Bevölkerung für die soziale und berufliche Diskriminierung von homosexuellen Männern aus. Vergleicht man die Ergebnisse der Erhebung von Lautmann und Wienold im Jahre 1974 mit den Ergebnissen der Befragung von 1991, so zeigt sich allerdings, daß der Personenkreis in der westdeutschen Bevölkerung, der eine rechtliche Verfolgung oder zumindest eine soziale Ungleichbehandlung homo-

sexueller Männer befürwortet, kleiner geworden ist. Wünschten 1974 18,4 Prozent ein generelles Verbot homosexueller Handlungen, so sind es 1991 13,4 Prozent der Westdeutschen und 9,7 Prozent der Ostdeutschen, die sich dafür aussprechen. Für eine Verschärfung des § 175 plädieren 1974 27 Prozent und 1991 16 Prozent der Westdeutschen und 1991 17 Prozent der Ostdeutschen. Für eine Schutzaltersgrenze von 14 Jahren für homo- und heterosexuelle Sexualkontakte gleichermaßen votieren 1974 16 Prozent der Westdeutschen und 1991 29 Prozent der Westdeutschen und 35 Prozent der Ostdeutschen. (Den § 175 in der gültigen Fassung belassen wollen 1971 55 Prozent der Westdeutschen, 1991 55 Prozent der Westdeutschen und 47 Prozent der Ostdeutschen.)

An diesen Ergebnissen zeigt sich, daß nur noch eine kleinere Minderheit in der deutschen Bevölkerung männliche Homosexualität generell verboten wissen will. Auch eine Verschärfung des § 175, die allerdings nicht zum vollständigen Verbot von homosexuellen Handlungen führen müßte, wünschen weniger als ein Fünftel der befragten West- und Ostdeutschen. Werden mögliche Zugangsregelungen zu bestimmten Berufen thematisiert, zeigt sich jedoch, daß eine Mehrheit der Bevölkerung sich nach wie vor für eine Ungleichbehandlung von homo- und heterosexuellen Männern ausspricht. Eine berufliche Diskriminierung homosexueller Männer in Gestalt einer Einschränkung des Zugangs oder des Zugangsverbots zu politischen Ämtern und/oder zum Beruf des Lehrers befürworteten 1974 87 Prozent der Befragten. 1991 sind es 71 Prozent der Westdeutschen und 64 Prozent der Ostdeutschen. Werden die Personen ausgeklammert, die sich für mögliche Einschränkungen, aber nicht für strikte Berufsverbote aussprechen, so zeigt sich, daß von den Westdeutschen fast die Hälfte (45 Prozent) für ein Zugangsverbot zum Beruf des Lehrers und/oder zu politischen Ämtern bei homosexuellen Männern plädiert; der Anteil dieses Personenkreises ist unter den Ostdeutschen mit einem Drittel (31 Prozent) deutlich geringer. Von den befragten Westdeutschen plädierten 1974 60 Prozent für diese Art von Berufsverboten, ein gewisser Einstellungswandel hat also auch hier stattgefunden.

Soziale Distanzierung und Pathologisierung

Überwältigend bleibt auch Anfang der 90er Jahre - 22 Jahre nach der Reform des § 175 - das Bedürfnis nach sozialer Distanz gegenüber homosexuellen Männern. 61 Prozent der Westdeutschen und 65 Prozent der Ostdeutschen signalisieren eindeutig, daß sie soziale Kontakte mit homosexuellen Männern meiden möchten, lediglich 31 Prozent der Westdeutschen und 26 Prozent der Ostdeutschen geben zu erkennen, daß sie hier kaum oder gar keine Berührungspunkte haben. Das Bedürfnis nach sozialer Distanz wurde ermittelt, indem

nach den Reaktionen auf einen homosexuellen Nachbarn, Arbeitskollegen und auf homosexuelle Männer im Freundes- und Bekanntenkreis von Freunden und Bekannten gefragt wurde. Dieser große "Bedarf an sozialer Distanz" ist im Gegensatz zu anderen geäußerten Einstellungen konstant geblieben. 1974 signalisierten 32 Prozent der befragten Westdeutschen, daß sie mit sozialen Kontakten zu homosexuellen Männern keine Probleme hätten, dies ist ein mit dem 1991 erhobenen Anteil fast identischer Wert.

Die soziale Distanz gegenüber homosexuellen Männern, die sich in den Befragungsergebnissen artikuliert, muß vor dem Hintergrund gesehen werden, daß noch eine Mehrheit der west- und ostdeutschen Befragten eine gleichgeschlechtliche sexuelle Orientierung entweder als irreversible Fehlentwicklung, als therapierbare sexuelle Störung oder als Laster begreift. Lediglich 27 Prozent der Westdeutschen und 33 Prozent der Ostdeutschen lehnen durchgängig die Items ab, die Homosexualität als pathologischen Zustand oder als Laster definieren.

Wird von einer klaren Mehrheit der deutschen Bevölkerung der soziale Kontakt mit homosexuellen Männern gemieden und eine gleichgeschlechtliche sexuelle Orientierung als pathologischer oder lasterhafter Zustand begriffen, so äußert auch eine starke Minderheit die Vermutung, daß sie mit psychosomatischen Beschwerden auf die Präsenz von homosexuellen Männern reagieren würde. 42 Prozent der befragten Westdeutschen bestätigen das vorgegebene Statement, daß ihnen in der Gegenwart homosexueller Männer "körperlich unwohl" werden würde, 1974 waren es 46 Prozent der Befragten; 35 Prozent der Ostdeutschen äußern sich 1991 in dieser Richtung.

Normative und politische Orientierungen

Die Daten der Erhebung von 1991 bestätigen klar die Existenz eines Einstellungssyndroms, eine Hypothese, die Lautmann und Wienold schon mit den Ergebnissen ihrer Umfrage von 1974 bekräftigen konnten. Eine ablehnende oder feindselige Haltung gegenüber homosexuellen Männern erweist sich nicht als isolierter Persönlichkeitsfaktor der einzelnen befragten Person, sondern ist verwoben in einen weiten strukturierten Kontext von Vorstellungen, Werthaltungen und politischen Einstellungen.

Homosexuellenfeindlichkeit korrespondiert deutlich mit der Orientierung an traditionellen patriarchalisch geprägten Geschlechtsrollen und mit der Ablehnung von gleichen sozialen und politischen Partizipationschancen für Ausländer und ausländische Jugendliche, die seit Jahren in der Bundesrepublik leben. Die Befürworter einer Verschärfung des § 175 sind auch mehrheitlich für eine restriktive Fassung des § 218. Die Aufgeschlossenheit gegenüber homosexuel-

len Männern folgt in Deutschland wie auch in anderen Ländern dem politischen Rechts-Links-Schema. Das konservative Lager (CDU/CSU) sammelt den höchsten Anteil an homosexuellenfeindlichen Personen, die Wähler der Parteiengruppierung Grüne/Bündnis 90 sind dagegen nur zu einem vernachlässigbaren Anteil antihomosexuell eingestellt. Die SPD erscheint sowohl in Ost- wie in Westdeutschland als wahre "Volkspartei", indem die Gesamtheit ihrer Wähler, was die verschiedenen Indices anbelangt, fast die Durchschnittswerte der Gesamtheit der Befragten aufweist. Allein die FDP-Wähler entziehen sich dem skizzierten Rechts-Links-Schema. Was das Ausmaß ihrer ablehnenden Einstellungen zu homosexuellen Männern anbelangt, situieren sie sich in Westdeutschland zwischen SPD und Grünen, in den neuen Bundesländern zwischen SPD und PDS.

Mitgliedschaft in einer Kirche und religiöse Bindungen haben einen ähnlich bedeutsamen Einfluß wie die Parteipräferenz. Unter den weniger stark kirchlich gebundenen Mitgliedern der christlichen Kirchen und deutlicher noch in der Gruppe der Konfessionslosen ist der Anteil homosexuellenfeindlicher Personen geringer als unter den stark religiös gebundenen Mitgliedern der Kirchen.

Unterschiede zwischen Katholiken und Protestanten sind kaum bedeutsam. Unter den Befragten in der ehemaligen DDR sind allerdings nur 26 Prozent in einer der beiden christlichen Kirchen, in Westdeutschland sind dagegen 87 Prozent in einer Kirche.

Psychosexuelle Identität und Einstellungen zu homosexuellen Männern

Homosexuellenfeindliche Einstellungen und Werthaltungen, ambivalente Reaktionen auf sie oder Haltungen, die sich eher an einem normativen Egalitarismus und Universalismus orientieren, sind jedoch nicht nur Bestandteil eines übergreifenden, komplexeren internalisierten Wertesystems, sondern auch deutlich abhängig von unterschiedlichen sexuellen Lebensstilen. Homosexuellenfeindlichkeit ist weniger im Bereich beliebiger, situativ bedingter und daher leicht zu ändernder Meinungen angesiedelt, sondern erweist sich als fest verankert in der individuellen Lebensgeschichte und psychosexuellen Identität. Der homosexuellenfeindlichere Teil der Befragten hat deutlich später mit dem Geschlechtsverkehr begonnen, er hat nach seiner subjektiven Einschätzung seltener Geschlechtsverkehr als andere Personen aus der gleichen Altersgruppe, er ist weniger zufrieden mit der Qualität des erlebten Geschlechtsverkehrs, und er lebt monogamer als der Personenkreis, der sich als aufgeschlossener gegenüber homosexuellen Männern erweist.

Homosexuellenfeindlichkeit kann damit auch als Ausdruck und Ergebnis einer allgemeineren Sexualfeindlichkeit angesehen werden. Folgerichtig plädieren

die antihomosexuellen Personen in deutlich geringerem Umfang für eine ausführliche Berücksichtigung des Themas Sexualität im Schulunterricht. Und wenn, dann wollen sie dem Themenbereich Homosexualität in diesem Rahmen geringere Aufmerksamkeit gewidmet wissen. Es zeigen sich eine stärkere Orientierung an traditionellen patriarchalisch bestimmten Geschlechtsrollen und größere Berührungängste mit dem Sexuellen bei antihomosexuell eingestellten Personen.

Einstellungen zwischen Aversion und Akzeptanz

Wenn auch der Anteil der Personen in der deutschen Bevölkerung, der ein direktes Verbot von gleichgeschlechtlichen Handlungen zwischen Männern fordert, zwischen 1974 und 1991 deutlich zurückgeht und nur noch ein Zehntel aller Befragten ausmacht, so bleibt doch festzuhalten, daß nahezu die Hälfte der westdeutschen Bevölkerung sich in dieser Hinsicht in einer paranoid-persekutorischen Vorstellungswelt befindet. Dies soll zusammenfassend noch einmal anhand der Zustimmungen zu drei ausgewählten Statements verdeutlicht werden. Die drei Statements lauten:

1. "Was die Homosexuellen treiben, ist doch eine Schweinerei; sie sollten kastriert werden."
2. "Toleranz ist hier unangebracht, man darf homosexuelles Verhalten nicht dulden."
3. "Man muß alles tun, um die Homosexualität einzudämmen, auch unter Erwachsenen. Wir brauchen daher wieder strengere Strafvorschriften."

Auf der Grundlage dieser drei Items wurde ein additiver Index gebildet. Es zeigt sich, daß 1991 61,5 Prozent der Westdeutschen alle drei Items ablehnen, 21 Prozent befürworten eine Kastration homosexueller Männer. Unter den Ostdeutschen lehnen 67 Prozent alle drei genannten Items ab, 13 Prozent fordern eine Kastration homosexueller Männer. Nur die Hälfte der Befragten (49 Prozent) lehnte 1974 die drei Items ab, und 36 Prozent befürworteten eine Kastration homosexueller Männer. Dies bedeutet, daß zwischen 1974 und 1991 der Anteil des gegenüber homosexuellen Männern besonders feindseligen Personenkreises in der westdeutschen Bevölkerung von 51 Prozent auf 39 Prozent gesunken ist, es sagt jedoch keinesfalls, daß die Mehrheit der westdeutschen Bevölkerung frei von antihomosexuellen Einstellungen wäre. Auf diese Form der weniger rabiaten, aber dennoch massiv vorhandenen Schwulenfeindlichkeit soll hier nicht weiter eingegangen werden. Vielmehr soll durch einen Perspektivenwechsel verdeutlicht werden, welches Ausmaß an distanzierter Toleranz

oder weitergehender Akzeptanz von gleichgeschlechtlichen Lebensweisen inzwischen in der Bevölkerung vorzufinden ist.

Als Indikator für die umstandslose Akzeptanz oder zögerliche Toleranz homosexueller Männer erscheinen allgemeine Aussagen in dem Stil "Warum sollte ich mich daran stören, das ist mir gleichgültig" wenig tauglich. Geeigneter scheint die Zustimmung zu Statements zu sein, die eine spürbare Nähe zur Lebenswelt der Befragten, der heterosexuellen Mehrheit der Bevölkerung haben. Mit einer Erläuterung in den Interviews wurde auf die seit einiger Zeit geführte Diskussion zur rechtlichen Situation nicht verheirateter Paare verwiesen. Gefragt wurde dann danach, ob schwule oder lesbische Paare in eine gesetzliche Regelung zur staatlichen Anerkennung nichtehelicher Lebensgemeinschaften eingeschlossen werden sollten. Es zeigt sich, daß immerhin 48 Prozent der Westdeutschen und sogar 56 Prozent der Ostdeutschen sich dafür aussprechen, daß im Falle einer gesetzlichen Regelung für nichteheliche Partnerschaften schwule und lesbische Paare heterosexuellen Paaren gleichgestellt werden sollten. Die Zustimmung zu einer gesetzlichen Regelung für und damit auch Anerkennung von homosexuellen Partnerschaften impliziert zumindest die Duldung anderer Lebensformen als die heterosexuelle Ehe, wenn nicht sogar ein größeres Maß an passiver Toleranz gegenüber Homosexualität und Homosexuellen. Die Zustimmung zu der Öffnung des Adoptionsrechts für lesbische oder schwule Paare fällt sehr viel niedriger aus, wird aber zumindest, was lesbische Paare anbelangt, von einer beträchtlichen Minderheit getragen. 30 Prozent der Westdeutschen und 41 Prozent der Ostdeutschen sind mit der Öffnung des Adoptionsrechtes für lesbische Paare einverstanden, 24 Prozent der Westdeutschen und 27 Prozent der Ostdeutschen konzidieren dies auch für schwule Paare. Die Zustimmung einer solch starken Minderheit für die Öffnung des Adoptionsrechtes wäre in den 70er Jahren vermutlich undenkbar gewesen.

Mit den referierten Befunden der Erhebung von 1991 und dem Vergleich mit der Erhebung von 1974 konnte zweierlei gezeigt werden. Homosexuellenfeindliche bzw. -ablehnende Einstellungen in der Bevölkerung haben abgenommen, was die Größe des Personenkreises anbelangt, der sie teilt. Der Bevölkerungsanteil mit antihomosexuellen Einstellungen ist jedoch nach wie vor beträchtlich: mindestens ein Drittel der Bevölkerung kann als stark schwulenfeindlich eingestuft werden, ein weiteres Drittel ist ambivalent, das heißt nicht durchgängig antihomosexuell, aber keinesfalls frei von ablehnenden oder klichehaften Einstellungen. Beides ist erklärungsbedürftig:

- Welche Faktoren haben eine Abnahme von antihomosexuellen Einstellungen bewirkt?
- Welche Faktoren bewirken, daß homosexuellenfeindliche Einstellungen bei einem großen Teil der Bevölkerung noch so virulent sind?

Zur Abnahme von antihomosexuellen Einstellungen

Jürgen Gerhards kam in seiner Untersuchung zur "Soziologie der Emotionen" zu dem Schluß, daß "nicht eine von Norbert Elias prognostizierte Zunahme der Affektkontrolle, sondern ein Prozeß der zunehmenden Informalisierung und Affektlockerung ... die kulturelle Kodierung von Emotionen vor allem für die letzten 20 Jahre" bestimmt (Gerhards 1988, S. 204). Im Anschluß an Heiner Meulemann (Meulemann 1985) vermutet Jürgen Gerhards einen Zusammenhang zwischen dem fortschreitenden Prozeß der Säkularisierung bürgerlicher Gesellschaften und einem Wandel der Emotionskultur, dem Schwächerwerden des Einflusses religiöser, vor allem christlich-protestantischer Vorstellungen und der zunehmenden Ausbreitung individualistischer Einstellungen der Selbstbestimmung, hedonistischer Einstellungen und der Lockerung gesellschaftlicher Moralnormen und kultureller Gefühlsregeln (Gerhards 1988, S. 243). Als empirische Belege für die diagnostizierten sozialen und kulturellen Entwicklungsprozesse führt Gerhards den Rückgang von Scham- und Peinlichkeitsschwellen und die veränderten Einstellungen zu vorehelicher Sexualität an, die sich auch massiv in einem Wandel des Sexualverhaltens von Jugendlichen und jungen Erwachsenen in den letzten 30 Jahren ausgewirkt haben. Ulrich Beck weist mit seiner Analyse der westlichen Industriegesellschaften in die gleiche Richtung:

"Da gibt es schockierende Entwicklungen: Wilde Ehen, Ehen ohne Trauschein, Zunahme der Einpersonenhaushalte im Quadrat, alleinerziehende, alleinnachziehende, alleinherumirrende Elternteile" (Beck 1991, S. 43).

Die deutliche Zunahme unehelich geborener Kinder seit den 70er Jahren ist für Beck ein Beleg für den Wandel der Existenzform der Kleinfamilie. Das traditionelle lebensweltliche Modell der kapitalistischen Industriegesellschaft mit seiner Verschachtelung von Kleinfamilien und Klassen prägt zunehmend weniger die normativen Orientierungen und Lebenslagen breiter Bevölkerungskreise. Die Individualisierung von Wertorientierungen und Lebensstilen ist begleitet von einer Relativierung der Geschlechtspolarisierung. Alle angeführten sozialen Wandlungsprozesse sind begleitet und zum Teil verursacht von einem Rückgang der Prägekraft traditioneller Geschlechtsrollen und der zunehmenden Orientierung auf weniger polar angelegte Biographiemuster. So gesehen profitieren homosexuelle Männer sowohl von den Individualisierungsprozessen bürgerlicher Industriegesellschaften wie auch von den Errungenschaften der bürgerlichen, sozialistischen und linksalternativen Frauenbewegung. Sie profitieren von dem Rückgang konservativ-familistischer Wertorientierungen in der heterosexuellen Bevölkerungsmehrheit. Die normative Verlötung von Sexualität und Fortpflanzung ist nur noch für eine Minderheit in der Gesellschaft ver-

bindlich. Wie der hohe individuelle Bedarf an sozialer Distanz homosexuellen Männern gegenüber allerdings zeigt, ist der nachgewiesene Rückgang an direkt feindseligen Einstellungen in der Bevölkerung nicht ohne weiteres mit der Zunahme einer umstandslosen Akzeptanz gleichzusetzen.

Vielmehr ist im Rahmen der fortwirkenden Individualisierungsprozesse in bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaften von der Zunahme einer ambivalent bleibenden Duldung von Homosexualität und homosexuellen Männern auszugehen. Solche Einstellungen können eher mit dem Begriff Indifferenz als mit dem Begriff aktive Toleranz oder Akzeptanz gekennzeichnet werden. Eine solche Werthaltung kann Homosexualität dulden, solange nicht homosexuelle Männer oder Frauen in den sozialen Raum der betreffenden Personen gewollt oder ungewollt eindringen. Lediglich zehn Prozent der Westdeutschen und fünf Prozent der Ostdeutschen geben an, mit homosexuellen Männern oder Frauen befreundet zu sein, weitere zwölf Prozent der Ostdeutschen und Westdeutschen haben homosexuelle Männer in ihrem Bekanntenkreis. Drei Viertel der Ost- und Westdeutschen haben keine homosexuellen Männer in ihrem Bekannten- und Freundeskreis und auch nicht als Arbeitskollegen. Ein bedeutender Teil dieser Drei-Viertel-Mehrheit der deutschen Bevölkerung legt eher eine "laissez-faire-Haltung" gegenüber homosexuellen Männern an den Tag, als daß er sich aktiver Toleranz verpflichtet fühlen würde. Wie kontextabhängig eine solche Permissivität der Indifferenz sein kann, soll mit einem Beispiel demonstriert werden.

Strategien gegen Aids und Einstellungen der "Allgemeinbevölkerung"

Im Zusammenhang mit der Frage nach der angemessenen Schutzaltersgrenze für sexuelle Handlungen zwischen männlichen Jugendlichen und volljährigen Männern sprechen sich - wie schon erwähnt - in Westdeutschland 13,4 Prozent und in Ostdeutschland 9,7 Prozent der Befragten für ein Verbot von männlicher Homosexualität aus. Im Zusammenhang mit der Frage nach Maßnahmen zur Verhinderung der weiteren Ausbreitung von Aids stimmen 31 Prozent der Westdeutschen und 27 Prozent der Ostdeutschen dem vorgegebenen Item "Wiedereinführung des Verbotes homosexuellen Geschlechtsverkehrs" zu.

Die dokumentierten Einstellungen zu Fragen der Aids-Politik stimmen nicht viel optimistischer. Während der letzten acht Jahre haben sich in den verschiedenen westdeutschen Ländern Strategien der Aids-Prävention entwickelt, die hier zu Zwecken der Verdeutlichung idealtypisch zwei "Lagern" zugerechnet werden können (vgl. Becker und Clement 1990, S. 219-220). Das aufklärungsorientierte Lager setzt auf die individuelle Verantwortung und vertraut darauf, daß die informierten Bürger sich und ihre Sexualpartner schützen. Das kon-

trollorientierte Lager vertraut weniger auf die Wirkung individueller Verantwortung und setzt wesentlich mehr auf die kontrollierende Macht des Staates. Die Aussagen zu Aids in unserer Befragung lassen sich zu einem guten Teil Kontrollstrategien bzw. auf Selbstverantwortung basierenden Strategien zuordnen. Bildet man in diesem Zusammenhang drei Gruppen, und zwar die Gruppe, die staatliche und gesellschaftliche Kontrollstrategien eindeutig bevorzugt, die Gruppe, die mehr auf die individuelle Einsicht und Selbstverantwortung setzt, und eine Gruppe der Ambivalenten, so zeigt sich, daß die "liberale" Gruppe, die auf die Selbstverantwortung setzt, die kleinste ist. Ihr gehören in Westdeutschland 29 Prozent der Befragten an, in Ostdeutschland 27 Prozent. Zur Gruppe, die eindeutig auf repressive Maßnahmen setzt, gehören in Westdeutschland 33 Prozent, in Ostdeutschland 31 Prozent. Die Gruppe der Ambivalenten ist mit 42 Prozent in Ostdeutschland größer als in Westdeutschland (38 Prozent).

Zur Persistenz antihomosexueller Einstellungen

Erwähnt wurde schon, daß lediglich ein Viertel der Ost- und Westdeutschen homosexuelle Männer in ihrem Freundes-, Bekannten- oder Kollegenkreis haben. Ohne einer naiven Fassung der Kontakthypothese (die besagt, daß soziale Kontakte zu Minderheiten Feindseligkeit und Ängste abbauen) zuzustimmen, kann doch die Behauptung gewagt werden, daß die soziale Gruppe homosexueller Männer einen zu geringen quantitativen Umfang hat, um in sozialen Interaktionsprozessen das überkommene Bild der Bevölkerungsmehrheit zu verändern. Die Vermutung liegt nahe, daß die Gruppe der offen oder verdeckt lebenden Männer mit homosexueller Selbstdefinition keinen größeren Umfang hat als vier Prozent der über 20jährigen Männer. Dies bedeutet, daß lediglich zwei bis drei Prozent der erwachsenen Männer als offen lebende Homosexuelle überhaupt sozial sichtbar sind. Nur an diesen zwei bis drei Prozent kann sich die heterosexuelle Bevölkerungsmehrheit in affektiver und kognitiver Hinsicht "abarbeiten".

Die zwei bis drei Prozent "offen schwul" lebende Männer sind als "kritische Masse" quantitativ zu unbedeutend, um in sozialen Interaktionsprozessen Einstellungen, Werthaltungen und affektive Reaktionen der Bevölkerungsmehrheit zu verändern. So gesehen besteht ein *circulus vitiosus*. Die nach wie vor stark vorhandene Tabuierung, Stigmatisierung und Marginalisierung von Homosexualität führt zu einer relativ geringen sozialen Sichtbarkeit homosexueller Männer. Gleichgeschlechtliche sexuelle Handlungen zwischen Männern ohne homosexuelle Selbstdefinition dürften in einem Personenkreis stattfinden, der quantitativ der sozialen Gruppe offen oder verdeckt lebender homosexueller Männer entspricht. Männer mit homosexueller Selbstdefinition und Männer mit

gleichgeschlechtlichen Sexualkontakten (die häufig auf internationalen Aids-Konferenzen zitierten "men having sex with men") könnten insgesamt acht bis zehn Prozent der über 20jährigen männlichen Bevölkerung ausmachen. Von diesem Zehntel der erwachsenen Männer hätten dann höchstens die Hälfte eine homosexuelle Selbstdefinition und allenfalls ein Drittel, wahrscheinlich eher ein Fünftel einen offen homosexuellen Lebensstil.

Wenn eine Thematisierung von Homosexualität und homosexuellen Männern unter den Befragten erfolgt, ist sie am ehesten durch die massenmediale Bearbeitung des Themas veranlaßt. 79 Prozent der Befragten in Ostdeutschland und 76 Prozent der Befragten in Westdeutschland haben überhaupt männliche Homosexualität in ihrem Familien-, Freundes oder Bekanntenkreis thematisiert, aber nur 13 Prozent der Ost- und Westdeutschen haben dies häufiger getan. Selten oder gar nicht haben 61 Prozent der Ostdeutschen und 56 Prozent der Westdeutschen über das Thema "homosexuelle Männer" in ihrem sozialen Umfeld geredet. Wenn das Thema zur Sprache kam, wurde dies bei 46 Prozent der Ostdeutschen und 42 Prozent der Westdeutschen durch die Massenmedien veranlaßt. Schwulen- oder AIDS-Hilfe-Gruppen veranlaßten nur bei fünf Prozent der Ostdeutschen und sieben Prozent der Westdeutschen eine Thematisierung männlicher Homosexualität. Ein soziales Ereignis im Freundes- oder Bekanntenkreis führte bei 19 Prozent der Ostdeutschen und 20 Prozent der Westdeutschen zu einer Thematisierung.

Der zweite wesentliche Grund für das nach wie vor starke Ausmaß an anti-homosexuellen Einstellungen und massiver Schwulenfeindlichkeit liegt in der sozialen Konstruktion von Männlichkeit und Weiblichkeit in unserer Gesellschaft. Die in einem bekannten Schlager thematisierte Frage "Wann ist ein Mann ein Mann" (Herbert Grönemeyer) wird von der überwiegenden Mehrheit der Männer und Frauen noch so beantwortet, daß sexuelle, erotische, ja selbst zärtliche Tönungen mann-männlicher Sozialität die sozial lizenzierte männliche Geschlechtsrolle in Frage stellt. Die soziokulturell fest verankerte Definition von Männlichkeit und Weiblichkeit gestattet in den Augen der Bevölkerungsmehrheit keine gleichgeschlechtlichen sexuellen Kontakte. Diese Form der sozialen Konstruktion von Männlichkeit und Weiblichkeit ist damit in ihren Wirkungen noch sehr viel verbreiteter und wesentlich weitgehender als die individuelle Abwehr und Verdrängung eigener homosexueller Impulse, die häufig für antihomosexuelles Verhalten angeführt werden.

Politische Schlußfolgerungen

Homosexuellenfeindlichkeit ist auch in unseren liberalen, an den individuellen Menschenrechten orientierten bürgerlichen Gesellschaften tief verankert und

zwar sowohl in der einzelnen Biographie von Individuen wie in den institutionalisierten Regelungen unserer Gesellschaft. Die strukturelle Homosexuellenfeindlichkeit hat nicht nur massive Auswirkungen auf die Einstellungen von Heterosexuellen, sondern auch auf die Sozialisationsbedingungen von schwulen und lesbischen Jugendlichen. Junge Schwule müssen ihr "coming out and going public" immer noch in einem "normativen Vakuum" (Dannecker und Reiche 1974, S. 145) bewältigen, das immer heterosexuell ausgerichtet ist. Selbst bei den tolerantesten Lehrern und Eltern wird der Fall der Homosexualität immer noch als bedauernswerte Ausnahme gesehen.

Der strukturellen Homosexuellenfeindlichkeit unserer Gesellschaft muß ein strukturelles Gegenkonzept entsprechen. Auch Konzepte für Aids-Präventionsstrategien, die eingeschränktere Ziele verfolgen, müssen dies im Auge behalten. In der Aids-Prävention ist auf Freiräumen zu beharren, die Minderheiten zustehen, die dem "mainstream" der sogenannten Allgemeinbevölkerung zum Teil nicht folgen können, oder, und dies ist noch wichtiger, auch gar nicht folgen wollen. In vielen öffentlichen Verlautbarungen der Aids-Hilfen klingt die Vorstellung einer schwulen Gegenkultur an, die das normative Vakuum ansatzweise ausfüllt, in das die heterosexuelle mainstream-Kultur Schwule und Lesben nach wie vor stößt. Im "wording" der Aids-Hilfen wird dies so nicht benannt, aus sozialwissenschaftlicher Sicht ist es jedoch gerechtfertigt, diesen Begriff der Gegenkultur zu benutzen.

Eine erfolgsorientierte, das heißt ihre Voraussetzungen reflektierende Minderheitenpolitik wird das Recht auf Differenz der in Deutschland lebenden Minderheiten künftig stärker berücksichtigen und unterstreichen müssen. Zielgruppenorientierte Präventionspolitik sollte sich als anschlussfähig für eine universalistischen Normen verpflichtete Minderheitenpolitik verstehen, die das Recht auf kulturelle, religiöse und politische Differenz ebenso betont wie das Recht auf Differenz in der sexuellen Orientierung.

Literatur

- Beck, U. (1991): Der Konflikt der zwei Modernen. In: Zapf, W. (Hrsg.): Die Modernisierung moderner Gesellschaften. Verhandlungen des 25. Deutschen Soziologentages in Frankfurt/M. 1990. Frankfurt/M. und New York: Campus, S. 40-53
- Becker, S. und Clement, U. (1990): HIV-Infektion, Prävention und Sexualität - Zum Widerspruch zwischen Aufklärung und Trieb. In: Rosenbrock, R. und Salmen, A. (Hrsg.): AIDS-Prävention. Berlin: edition sigma, S. 219-226

- Bergmann, W. (1987): Psychologische und soziologische Theorien zu Vorurteil und Diskriminierung. In: Bergmann, W. und Strauss, H.A. (Hrsg.): Lerntag über Vorurteilsforschung heute (9.11.1986). Lerntage des Zentrums für Antisemitismusforschung IV. Berlin: Technische Universität Berlin
- Bergmann, W. und Erb, R. (1991): Antisemitismus in der Bundesrepublik Deutschland - Ergebnisse der empirischen Forschung von 1946-1989. Opladen: Leske und Budrich
- Bochow, M. (1993): Attitudes towards gay men in the East and West German population: Has AIDS brought about a significant change? In: Second European Conference on Homosexuality and HIV: HIV Policy, Prevention, Care, and Research - a Gay and Lesbian Perspective. Amsterdam: Forthcoming
- Bochow, M. (1993): Die Reaktionen homosexueller Männer auf AIDS in Ost- und Westdeutschland. AIDS-Forum DAH, Bd. X. Berlin: Deutsche AIDS-Hilfe
- Dannecker, M. und Reiche, R. (1974): Der gewöhnliche Homosexuelle. Eine soziologische Untersuchung über männliche Homosexuelle in der Bundesrepublik. Frankfurt/M.: S. Fischer
- Dannecker, M. (1986): Der Homosexuelle und die Homosexualität. Frankfurt/M.: Syndikat
- Gerhards, J. (1988): Soziologie der Emotionen. Fragestellungen, Systematik und Perspektiven. Weinheim und München: Juventa
- Herek, G. (1990): Homophobia. In: Dynes, W.R. (Hrsg.): Encyclopedia of Homosexuality. New York and London: Garland Publishing, Inc., S. 552-555
- Herek, G. (1991): Stigma, Prejudice, and Violence Against Lesbians and Gay Men. In: Gonsiorek, J.C. und Weinrich, J.D. (Hrsg.): Homosexuality - Research Implications for Public Policy. Newbury Park and London: Sage Publications, S. 60-80
- Lautmann, R. und Wienold, H. (1977): Antihomosexualität und demokratische Kultur in der BRD. In: Lautmann, R. (Hrsg.): Seminar: Gesellschaft und Homosexualität. Frankfurt/M.: Suhrkamp, S. 384-416
- Lautmann, R. (1984): Der Zwang zur Tugend - Die gesellschaftliche Kontrolle der Sexualitäten. Frankfurt/M.
- Meulemann, H. (1985): Säkularisierung und Politik. Wertwandel und Wertstruktur in der Bundesrepublik Deutschland. In: Politische Vierteljahresschrift, Jg. 26, H. 1, S. 29-51
- Psychembel klinisches Wörterbuch (1986): Stichwort "Phobie". Berlin und New York: Walter de Gruyter, S. 1298